Information nach Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Zum Zweck der Abgabe einer Verpflichtungserklärung werden Ihre personenbezogenen Daten erhoben, übermittelt oder in sonstiger Weise verarbeitet.

Die europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) verpflichtet mich, Sie bei Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten über folgende Punkte zu informieren:

	T
Verantwortlicher	Stadt Troisdorf Der Bürgermeister Kölner Str. 176 53840 Troisdorf Tel: 02241/900 0 Fax: 02241/900 8030 E-Mail: rathaus@troisdorf.de
Zuständiges Fachamt:	Amt für Soziales, Wohnen und Integration
Datenschutzbeauftragter	Stadt Troisdorf Datenschutzbeauftragter Kölner Str. 176 53840 Troisdorf Tel. 02241/900 331 Fax: 02241/900 8331 E-Mail: datenschutz@troisdorf.de
Verarbeitungszweck	Abgabe einer Verpflichtungserklärung nach § 68 Aufenthaltsgesetz (AufenthG).
Rechtsgrundlage	Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO in Verbindung mit §§ 68, 86 AufenthG.
Kategorie der betroffenen Personen	Die Datenverarbeitung betrifft alle Personen, die gegenüber der Ausländerbehörde eine Verpflichtungserklärung abgeben.
Kategorie der betroffenen Daten	Es werden nur Daten verarbeitet, die für die ord- nungsgemäße Durchführung der Aufgabe erfor- derlich sind. Hierzu gehören insbesondere: Name, Vorname, Geburtsname, Geburtsdatum und –ort, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Angaben zu Kindern, Angaben zum Ausweisdo- kument und zur wirtschaftlichen bzw. finanziel- len Situation.
Kategorie der Empfänger	Ihre personenbezogenen Daten werden ganz oder teilweise übermittelt an: Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland, andere Ausländerbehörden, Behörden anderer Staaten (nur, sofern dies gesetzlich erlaubt ist).
Verarbeitung	Für die Datenverarbeitung werden IT-Verfahren genutzt, die im Auftrag der Stadt Troisdorf zweck- und weisungsgebunden durch einen Dienstleister mit Sitz in der EU oder dem EWR

	betrieben werden. Der Dienstleister ist verpflichtet, die Vorgaben der DSGVO zu erfüllen. Dar- über hinaus werden Daten auch nichtautomatisiert in Akten verarbeitet.
Löschfrist	Die Daten werden gelöscht, sobald sie für die Erreichung des Zwecks ihrer Erhebung nicht mehr erforderlich sind. Im vorliegenden Fall besteht generell eine Aufbewahrungsfrist von 5 Jahren.
Rechte des/der Betroffenen	Recht auf: • Auskunft (Art. 15 DSGVO), • Berichtigung (Art. 16 DSGVO), • Löschung (Art. 17 DSGVO), • Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO), • Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO), • Widerspruch (Art. 21 DSGVO)
Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde	Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Datenverarbeitung gegen geltendes Recht verstößt, haben Sie das Recht der Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde. Aufsichtsbehörde für das Land Nordrhein-
	Westfalen: Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf
	Tel. 0211/384240, E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de